

Kreis-Blatt

für den

Unterlahn-Kreis.

Ämtliches Blatt für die Bekanntmachungen des Landratsamtes und des Kreis Ausschusses.
Tägliche Beilage zur Piezer und Emser Zeitung.

Preise der Anzeigen:
Die einspaltige Zeile oder deren Raum 25 Pfg.,
Reklamezeile 75 Pfg.

Ausgegebenen:
In Diez: Rosenstraße 36.
In Bad Ems: Römerstraße 96.

Druck und Verlag von H. Chr. Sommer,
Diez und Bad Ems.
Verantw. f. d. Schriftl. Paul Lange, Bad Ems.

Nr. 266

Diez, Mittwoch den 13. November 1918

58. Jahrgang

Ämtlicher Teil

Nr. 11 080 II

Diez, den 9. November 1918.

An die Herren Bürgermeister des Kreises,
mit Ausnahme derer des Ständegebiets Schaumburg
Betrifft: Waisenkasse.

Infolge der Aufforderung des Herrn Landes-Hauptmanns
hat die diesjährige Waisenkasse demnächst zu be-
ginnen.

Die gedruckten Waisennachrichten für das Jahr 1918 wer-
den Ihnen daher in den nächsten Tagen in entsprechender
Anzahl zur Verteilung in den Gemeinden zugehen. Die Herren
Bürgermeister, in deren Gemeinden Pfargeistliche wohnen, er-
suche ich, diesen ein Exemplar der Nachrichten mit der Bitte
zu übergeben, ihre Kirchspiel-Angehörigen durch eine geeignete
Kanzelaussprache auf die bevorstehende Sammlung aufmerksam
zu machen und sie über deren Bedeutung zu belehren.

Vom Tage nach der Verteilung der Nachrichten sind die
Sammelstellen von den Armenpflegern in ihrer oder eines
Schöffen Begleitung, sofern der Ortsgeistliche auf Ihr Ersuchen
die Begleitung nicht übernimmt, in allen Familien zur Ein-
zeichnung vorzulegen. Ueber die eingehenden und gesammelten
Beiträge ist eine Nachweisung möglichst übersichtlich und mit
Zitate geschrieben aufzustellen. Die Beiträge selbst sind binnen
längstens 14 Tagen nach der Sammlung an die Nassau-
ische Landesbankstelle abzuliefern, die über den Empfang auf
der Nachweisung Quittung erteilen muß.

Bis spätestens zum 20. Dezember d. Js. ist die
mit der Quittung der Landesbankstelle versehene Liste hierher
einzureichen.

Der Landrat.
Thon.

Nr. 11 075 II.

Diez, den 5. November 1918.

Öffentliche Bekanntmachung.

Die Main-Kraftwerke Aktien-Gesellschaft hat sich ver-
anlaßt gesehen, mit Rücksicht auf die allgemeine Teuerung,
insbesondere im Hinblick auf die erhebliche Steigerung der
Kohlenpreise usw., den Strompreis für Licht und Kraft
vom 1. Oktober 1918 bis 31. Dezember 1920 von 50 auf
55 Pfg. bzw. von 25 auf 28 Pfg. für die Kilowattstunde
und die übrigen Stromabgabepreise nach Sondertarifen mit
Ausnahme der den Gemeinden gewährten Vergünstigungen
um 10 Prozent zu erhöhen. Vom 1. Januar 1921 ab treten
die bisherigen Strompreise wieder in Kraft, falls nicht vor-

her zwischen dem Kreis Ausschuss und den Main-Kraftwerke
Aktiengesellschaft ein anderes Abkommen getroffen worden
ist.

Der Kreis Ausschuss hat hierzu auf Grund des § 2 Ab-
satz 2 des zwischen dem Kreis Unterlahn und der Main-
Kraftwerke Aktiengesellschaft abgeschlossenen Vertrages seine
Zustimmung erteilt.

Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses.
Thon.

I. 12 228.

Diez, den 6. November 1918.

Bekanntmachung.

Betr. Bucheckernsammlung.

Es hat sich herausgestellt, daß von allen Arten des Buch-
eckern-Sammelns die des Zusammenfahrens und Auslebens
bei weitem die günstigsten Ergebnisse hat.

Ein Besen, ein Sieb von etwa 1,5 Zentimeter Maschen-
weite und ein zweites Sieb von etwa 0,5 Zentimeter Maschen-
weite bilden hierbei das Arbeitsgerät.

Vier bis fünf Arbeiter tun sich zu einer Arbeitsgemein-
schaft zusammen. Der erste kehrt die Bucheckern mit dem Laub
zusammen, der zweite reut die größten Teile der zusammenge-
kehrten Masse ab, der dritte füllt sie in das größte Sieb,
rüttelt mit dem vierten zusammen die Bucheckern über dem
feineren Sieb in dieses hinein, ergreift dann das feinere
Sieb und entfernt aus diesem durch weiteres Rütteln die hin-
eingefallenen kleineren Beimengungen. Der fünfte füllt das
so gewonnene Gut in die mitgebrachten Säcke oder Körbe.
Endlich wird die gesammelte Masse des Abends am Familien-
tisch verlesen, zweckmäßig auch durch Schwemmen von den
tauben Früchten und sonstigen noch anhaftenden unerwünscht-
en Beimengungen befreit.

Ich mache auf die in den Nummern 40 und 41 der forst-
lichen Zeitschrift „Silva“, Jahrgang 1918, erschienenen Auf-
sätze über das vorbeschriebene Verfahren aufmerksam. Nach
den dort mitgeteilten Sammelergebnissen kommt ein Arbeiter,
der die Bucheckern einzeln ausleert, nicht leicht über 8 Liter =
4 Kilogramm täglich, während bei dem Zusammenfegen und
Sieben sich eine Tagesleistung je Arbeiter von durchschnittlich
30 Liter = etwa 15 Kilogramm reiner und getrockneter Bucheln
ergab.

Dabei hat diese letztere Gewinnungsart noch den besonderen
Vorteil, daß Jung und Alt in zweckmäßiger Arbeitsteilung —
unter Umständen familienweise — zusammenwirken können,
und daß das Sammeln bis lange in den Vorwinter hinein ohne
Schaden für die Gesundheit fortgesetzt werden kann, wenn ein
Besen mit der Hand, das in der Hauptsache doch nur Linsen-
erfolgen kann, wegen der Masse oder Kälte nicht mehr möglich ist.

Nichtamtlicher Teil

Konservative und freikonservative Rundgebungen für die Einstellung auf die Verhältnisse und Erfordernisse der neuen Zeit.

Der Engere Vorstand der konservativen Partei hat auf Grund einer eingehenden Besprechung der Gesamtlage der Öffentlichkeit eine Erklärung übergeben, deren Schlüsselsätze lauten:

„Die Wandlung unserer politischen Verhältnisse, die der Krieg im Gefolge gehabt hat, schließt auch für die konservative Partei die Pflicht in sich, im Anschluß an alte und bewährte Ueberlieferungen sich mit neuem Geiste zu erfüllen und den Aufgaben dieser neuen Zeit gerecht zu werden. Sie wird ihre Arbeit im Rahmen der zur verfassungsmäßigen Einrichtung gewordenen parlamentarischen Regierungsweise zu leisten haben.“

Ferner wird eine Neubearbeitung unseres Parteiprogramms im Einvernehmen mit den konservativen Fraktionen alsbald vorgenommen und sodann einer Gesamtvertretung der Partei zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Auch dabei wird Bedacht zu nehmen sein, daß das Programm den Zutritt verwandter Richtungen erleichtert und noch weitere Volkskreise als bisher umfaßt, beziehungsweise uns näherbringt.“

Der freikonservative Abg. von Kardorff, der im Verlaufe der Wahlrechtsverhandlungen des Abgeordnetenhauses entgegen dem damaligen geschlossenen Widerstande der rechtsstehenden Parteien gegenüber dem gleichen Wahlrecht, den in der Wahlrechtsbotschaft vom 11. Juli 1917 zum Ausdruck gebrachten Willen des Königs und den damit übereinstimmenden Standpunkt der Staatsregierung mit größter Entschiedenheit vertreten hat, hat kürzlich in einer vielbemerkten Rede ausgeführt:

„Es ist nicht wahr und es ist eine Entstellung der Tatsachen, wenn man es so hinstellt, als ob eine machthabigen Demokratie diese Not des Vaterlandes beault hätte, um die Macht in ihre Hände zu bringen. Das Waffenstillstandsangebot ist gemacht worden auf Anordnung der Obersten Heeresleitung, und die Demokratisierung Deutschlands war ein integrierender Bestandteil der ganzen Aktion. Es ist nach allem, was Präsident Wilson gesagt hatte, ganz klar, daß nur ein demokratisches Deutschland überhaupt darauf rechnen konnte, daß irgendwelche Waffenstillstandsangebote irgendwelche Berücksichtigung bei ihm gefunden hätten.“

„Sehe ich die Aufgaben der Politik der Zukunft richtig, so sind es zwei Aufgaben, die uns gestellt sein werden. Die eine Aufgabe wird die sein: wir werden verstehen müssen, die großen handarbeitenden Massen als ebenbürtige Glieder in das Staatsganze einzugliedern, wir werden die Frage des Arbeiterrechts und der Gewerkschaften anders ansehen müssen, als bisher; wir können nicht vergessen, mit welcher Treue sie zum Lande gestanden haben. Wir werden auch den Rassengeist, das Cliquewesen abstreifen müssen. Wir werden zusammengeschweißt werden müssen zu einem großen, einigen Volke. Das ist die eine Aufgabe. Die andere, die ich sehe, die dem deutschen Volke vorgezeichnet ist: Menschen auf's Land! Wir werden die Frage der inneren Kolonisation mit ganz anderen Augen ansehen müssen als bisher, und wir werden dafür sorgen müssen, daß der deutsche Bauernstand im Osten der Monarchie — ich denke da nicht so sehr hier an unsere alte Ostmark — an Zahl gestärkt wird. Was der Staat an Domänen besitzt, was die Gemeinden, was Korporationen an Grundbesitz haben, das muß hergegeben werden für die Zwecke der inneren Kolonisation.“

„Verlassen wir nicht den Glauben an unsere Zukunft, nicht den Glauben an Deutschland. Wir können, auch wenn wir die Unterlegenen sind, mit Stolz der Welt ins Gesicht sehen. Aber es werden namenlos harte, namenlos schwere Zeiten sein. Wir werden das harte Brot eines Volkes essen müssen, das nicht besiegt ist — denn wir sind nicht besiegt —, das aber in diesem Kampf gegen die Welt unterlegen ist. Und da kann es nur heißen: arbeiten und nicht verzweifeln, arbeiten an unserem Volk, arbeiten für unser Volk; und wenn wir das tun, dann wollen wir der Zukunft mit dem frohen Bewußtsein ins Auge sehen, daß wir unser Volk noch einmal nach harter, schwerer Arbeit zu frohen und freien und besseren Zeiten führen werden.“

Die Abdankung Kaiser Karls.

Wien, 11. Nov. Der Kaiser hat folgende Rundgebung erlassen:

Seit meiner Thronbesteigung war ich unablässig bemüht, meine Völker aus den Schrecknissen des Krieges herauszuführen, an dessen Ausbruch ich keinerlei Schuld trage. Ich habe nicht gezögert, das verfassungsmäßige Leben wiederherzustellen und habe den Völkern den Weg zu ihrer selbständigen staatlichen Entwicklung eröffnet. Nach wie vor von unwandelbarer Liebe für alle meine Völker erfüllt, will ich ihrer freien Entfaltung meine Person nicht als Hindernis entgegenstellen. Im voraus erkenne ich die Entscheidung an, die Deutsch-Österreich über seine künftige Staatsreform trifft. Das Volk hat durch seine Vertreter die Regierung übernommen. Ich verzichte auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften. Gleichzeitig enthebe ich meine österreichische Regierung ihres Amtes. Möge das Volk von Deutsch-Österreich in Eintracht und Versöhnlichkeit die Neuordnung schaffen und befestigen. Das Glück meiner Völker war von Anbeginn das Ziel meiner heißesten Wünsche. Nur der innere Friede kann die Wunden dieses Krieges heilen.

Karl m. p. Rammajdy m. p.

Von der Volksstimmung in Elsaß-Lothringen.

Ein aus französischer Gefangenschaft zurückgekehrter lothringischer Unteroffizier schreibt in einem Brief an seinen früheren Kompagnieführer u. a.:

„Mein Versprechen will ich durch Gegenwärtiges erfüllen, indem ich Ihnen die Hauptauszüge meiner gemachten Erfahrungen mitteile, die ich während eines vierzehntägigen Aufenthalts in meiner Heimat gesammelt habe. Die Stimmung, die Ansichten meiner Landsleute haben sich eben infolge der letzten politischen Ereignisse geändert, aber nicht zu Ungunsten Deutschlands; alle, mit Ausnahme von wenigen, sind ganz und gar dagegen, französisch zu werden, sie sehen darin eine große Gefahr für ihre Weiterentwicklung, fürchten auch sehr, daß durch die weitere Kriegsdauer ihr Land zerstört und sie alle heimatlos werden. Sehr viele kennen Frankreich auch ganz genau und wissen zu schätzen, wie bedeutend Elsaß-Lothringen in seiner wirtschaftlichen Lage seit 1870 gestiegen ist, was seither von seiten der deutschen Regierung für dieses Land getan und was daraus geworden ist. Wie hätte Frankreich mit seinem Schlandrian, seiner Rückständigkeit dies fertig gebracht. Es wäre jammerschade, wenn dieses mit so reichen Völkern der Sympathie, der Bewunderung, der Gefühle des Geborgenseins, der deutschen Sprache mit Deutschland verknüpfte Volk deutscher Abstammung mit deutschen Sitten und Gebräuchen an Frankreich zurückläme. Zum öfteren hatte ich ja von Gelegenheit, schwankende Leute von dem zu überzeugen, was ich die vier Jahre gesehen habe und durchmachen mußte. Wie viele glaubten, in Frankreich gäbe es noch alles in Hülle und Fülle, noch Weißbrot; aber wie sehr ist ihr Erstaunen, wenn sie aus dem Munde ihres Landsmannes gerade das Gegenteil hören. Es macht mir Freude, ihre fröhlichen Gesichter zu sehen, nun sie wissen, daß es auch jenseits der Vogesen schon lange sehr knapp zugeht.“

Ueber alle Sympathien und politischen Bestrebungen hinaus muß sich schließlich bei der elsaß-lothringischen Bevölkerung doch die wirtschaftliche Lebensfrage in den Vordergrund drängen: Wer hat das Land reich und blühend gemacht? Und was verbürgt seine wirtschaftliche Zukunft: der innige Zusammenhang mit dem industriellen, fleißigen Deutsch-land oder eine Stellung als neues und verdächtiges Anhängsel Frankreichs? Die Antwort dürfte nach der Entwicklung der letzten vierzig Jahre nicht schwer fallen! —

Hindenburg und Kronprinz Rupprecht

WTB. Berlin, 11. Nov. Die holländische Meldung, wonach auch Hindenburg in Holland angekommen sein soll, beruht auf Unwahrheit. Hindenburg befindet sich im Großen Hauptquartier und steht auf dem Boden der neuen Regierung. Auch das Hauptquartier des Kronprinzen Rupprecht befindet sich auf seinem Posten und ist nicht, wie die Meldung des „Nouvelles“ behauptet, auf der Flucht.

Böln, 11. Nov. Das Pressebureau des Arbeiter- und Soldatenrates teilt folgendes mit: Wie uns die Vertreter des Kölner Arbeiter- und Soldatenrates aus dem Großen Hauptquartier melden, hat die neue Regierung folgenden Befehl an Hindenburg ergehen lassen: An den Generalfeldmarschall von Hindenburg! Wir bitten für das gesamte Heer anzuordnen, daß die militärische Disziplin, Ruhe und Ordnung im Heere unter allen Umständen aufrecht zu erhalten sind, daß daher den Befehlen der militärischen Vorgesetzten bis zur erfolgten Entlassung unbedingt zu gehorchen ist, und daß eine Entlassung von Heeresangehörigen aus dem Heere nur auf Befehl der militärischen Vorgesetzten zu erfolgen habe. Die Vorgesetzten haben ihre Waffen und Rangabzeichen beizubehalten. Wo die Soldatenräte oder Vertrauensräte gebildet sind, haben sie die Offiziere in ihrer Tätigkeit zur Aufrechterhaltung der Ordnung rückhaltlos zu unterstützen. gez. Ebert, Haase, Scheidemann, Dittmann, Landsberg, Barth.

Kaiser Wilhelm II. in Holland.

Haag, 11. Nov. Die Flucht des Kaisers nach Holland soll schon seit längerer Zeit geplant gewesen sein, und holländische Blätter sprechen heute die Vermutung aus, daß der niederländische General Heug, der vom deutschen Hauptquartier die Erlaubnis erhalten hatte, die Westfront zu besuchen, der erste war, an den man mit der Bitte um Gastfreundschaft für den Kaiser herantrat. Im Gefolge befinden sich etwa 40 Generale und einige hohe Beamte; angeköpft befindet sich unter ihnen auch Hinde. Dagegen sollen sich hier umlaufende Gerüchte nicht bewahrheiten, daß Ludendorff oder gar Hindenburg sich in der Begleitung des Kaisers befinden. Ebensovienig weiß man etwas Genaues darüber, daß auch der Kronprinz und die Kaiserin in Holland eingetroffen seien. In Begleitung des deutschen Gesandten Dr. Rosen begaben sich einige hohe Beamte der niederländischen Regierung und einige Generale nach Eindhoven, wo nach Ueberschreitung der Grenze der Kaiserliche Zug hielt. Der Kaiser, der auf den Rat dieser Delegation den Uniformrock mit einfacher bürgerlicher Kleidung vertauschte, wird, wie schon kurz gemeldet, in dem dem Wall und Graben umgebenen Schloß Auerongen des Grafen Ben-ink interniert und militärisch bewacht. Ebenso wird sein militärisches Gefolge interniert werden.

Der Anschluß Deutsch-Österreichs.

WTB. Wien, 11. Nov. Der Staatskanzler Renner legte dem Staatsrat einen Gesekentwurf an die morgen tagende Nationalversammlung vor, worin Deutsch-Österreich als Republik und als Bestandteil der deutschen Republik erklärt wird.

WTB. Wien, 11. Nov. Der Staatsrat nahm einen Gesekentwurf an, worin Deutsch-Österreich als Republik und Bestandteil der deutschen Republik erklärt wird.

Das Zentrum für die bayerische Republik.

Berlin, 9. Nov. Zu der vom A. u. Z.-Rat unter Kurt Eisner als Ministerpräsident gebildeten republikanischen Regierung gehören laut „B. Z.“ Männer an, die noch im alten Regime gedient hatten, wie der bekannte Zentrumsbauernführer Dr. Heim, der frühere Verkehrsminister v. Frauendorfer. Die Justiz ist dem Gewerkschaftsführer Timm übertragen, die Finanzen übernimmt der Unversitätsprofessor Edgar Jaffe; Maschinenmeister Unterleitner, der mit Eisner zusammen seit den Dezemberunruhen im Gefängnis saß, wurde Minister für soziale Fürsorge, der Arbeiter und Soldat Steiner Polizeipräsident, dt. Sozialisten Hoffmann (Kaiserslautern) erhielten Kultus, Köp- haupter Militär, Auer Inneres. Das Präsidium des Landtags besteht aus Eduard Schmidt (München), den Bauernbündlern Schroder und Professor Quidde.

Der Rechts- und Gerechtigkeitsfriede.

Von Geheimrat Prof. Dr. Josef Kohler.

Was der Rechtsfrieden bedeuten soll, ergibt sich am besten aus dem Zusammenhange mit der Idee des Völkerbundes. Wenn ein Völkerbund gegründet werden soll in der Weise, daß sämtliche Völker ihre volle Kraft der Kulturarbeit widmen können, und daß ihre Differenzen möglichst friedlich ausgeglichen, auch ihre Lebensinteressen, soweit im Kreise des Ganzen runlich, erfüllt werden, dann ist es vor allem erforderlich, daß der Frieden sich der künftigen Bestimmung anpaßt. Voraussetzung ist insbesondere, daß in diesem Frieden jedes Volk möglichst viel Raum an der Sonne hat, daß ihm die Lebenskräfte nicht unterbunden und die Bedingungen des Daseins nicht erschwert werden. Weitere Voraussetzung ist, daß möglichst wenig Zündstoff in die Welt gelegt wird, so daß die Völker sich nach Kräften mit den vorhandenen Verhältnissen ausöhnen und in ihnen den Ausgangspunkt ihres weiteren Kulturwirkens suchen.

Dieser Zustand soll erreicht werden, ohne daß auf die militärischen Zustände Rücksicht genommen wird. Man will also, daß die in der militärischen Macht sich regende Gewalt keine Rolle spielen soll; das soll es bedeuten, wenn man sagt, daß der Frieden Rechtsfrieden und kein Gewaltfrieden sei.

Von diesem Geiste gehen Wilsons Vorschläge aus, und darum haben wir uns ihnen angeschlossen und sie als den Ausgangspunkt der weiteren Entwicklung erklärt.

Hieraus ergibt sich von selbst: das deutsche Volk soll in seinem Bestande nicht verkümmern, die Lebensadern seines Wirkens sollen ihm nicht unterbunden, es soll so gestellt werden, daß es in der geistigen wie in der materiellen Kultur das leistet, was es kraft seiner Kräfte leisten kann. Nicht dahin soll das Ende des Krieges führen, daß die Kulturtätigkeit vermindert wird und die Menschheit geistig verarmt, sondern alle Kräfte sollen gehoben, jedes Kulturbestrebende gefördert und dadurch die Menschheit einer höheren Stufe zugeführt werden. Eine solche Stellung allein kann der Versöhnung der Völker dienen und bewirken, daß man nicht mit Erbitterung und schweren Feindesgedanken aus dem Kriege zieht, sondern daß ein allgemeiner Versöhnungsvertrag die Völker eint und auf Jahrzehnte hinaus jeden Zündstoff entfernt.

So ist der Rechtsfriede gedacht; wenn er durchgeführt wird, tritt eine neue Idee in der Weltgeschichte zutage und ein neuer Fortschritt, zu dem die Menschheit sich intellektuell fähig und ethisch gereift zeigen möge.

Und wenn hierbei das Nationalgefühl eine besondere Rolle spielt, so soll dies insbesondere auch für uns gelten: kein Teil des deutschen Volkes soll losgelöst, sondern alles, was deutsch ist, soll in die Volkseinheit einbezogen werden, in welcher Deutschland künftig volkstümlich leben und schalten soll.

Auch die Belastungen Deutschlands dürfen nicht so groß sein, daß hierdurch sein Dasein und sein Aufstreben unterburden wird. Was wir finanziell zu tragen haben, soll nur der Ansporn sein, um durch gesteigertes Wirken uns auf die volle Höhe zu heben, in der wir für uns und für die Menschheit wirken und schaffen können.

Die Gedanken eines jeden Menschen sind und sollen bargelegt werden in den drei Willkürlichen Erklärungen, vor allem in der Erklärung vom 27. September 1918, Nr. 1. Es ist hier von einer unparteiischen Gerechtigkeit die Rede, die keine Unterscheidung macht zwischen denen, gegen die man gerecht zu sein wünscht, und denen, gegen die man es nicht wünscht. Es sollen keine Begünstigungen und keine besonderen Maßstäbe gelten, sondern gleiches Recht für alle. Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß die Leidenschaften des Krieges, Haß, Rache, ja, auch die kriegerische Gegnerschaft, überhaupt alle subjektiven Elemente ausschelden. Nur die objektiven Interessen der ganzen Menschheit sollen zur Geltung kommen, und wenn daher die Verhältnisse eines Volkes eine besondere Schonung verlangen, damit das Volk zu seiner gehörigen Entwicklung gelangt, so soll ihm diese Schonung zuteil werden ohne Rücksicht auf die Ereignisse, wie im Kriege sich abgespielt haben. Entsprechend sollen auch, wie in dieser Kundgebung zu 4. gesagt ist, alle wirtschaftlichen Boykotts ausgeschlossen sein, und namentlich soll keinem Volke der Handel oder der Verkehr verkrüppelt und entzogen werden. Dies ist auch bereits in der ersten Kundgebung Nr. 3 hervorgehoben: es soll eine Gleichheit der Handelsbeziehungen unter allen Nationen gelten.

Von ganz besonderer Bedeutung ist auch die in der Kundgebung vom 4. Juli 1918 ausgesprochene Maxime Nr. 2, daß die Schicksale der Völkergebiete nicht von dritter Seite her und insbesondere nicht zum einseitigen Vorteil eines bestimmten Staates geregelt werden dürfen, sondern daß dabei das Volk, um das es sich handelt, die wesentliche Bestimmung geben soll. Der Gedanke ist also, daß nicht das Territorium, sondern das Volk als Gegenstand der Uebergabe oder Uebernahme betrachtet werden kann, und daß das Volk nur mit seiner Zustimmung nach der einen oder anderen Hinsicht gerichtet werden darf, eine Bestimmung, die insbesondere für das Schicksal von Elßaß-Lothringen von Bedeutung ist.

Von großer Tragweite endlich ist der 5. Punkt in der Kundgebung vom 8. Januar 1918, wonach die kolonialen Ansprüche in einer unparteiischen und weitherzigen Weise geschlichtet werden sollen. Ein Volk, das Kolonien hatte, soll auch weiter entsprechendes Kolonialvolk sein, insbesondere wenn es unter der eingeborenen Bevölkerung so kulturbildend gewirkt hat, wie Deutschland. Ein Ausschluß eines Kolonialstaates von seinen kolonialen Interessen und seiner kolonialen Entwicklung wäre ein Schlag ins Gesicht gegen das proklamierete Prinzip der Gerechtigkeit und der gegenseitigen Pflege der Kulturinteressen.

Ich halte es für undenkbar, daß eine Regierung, welche solche Grundzüge als maßgebend proklamiert hat, zu einem anderen Frieden als einem darauf beruhenden die Zustimmung geben kann, und der Gedanke eines Völkerbundes würde sofort zusammenfallen, wenn durch ungerechte Behandlung eines Staates ein Herd von Unzufriedenheit erzeugt würde, der Jahr für Jahr die Aussicht auf Frieden und Versöhnung untergräbt.

Ich möchte noch beifügen, daß diese und die übrigen geschilderten Wilsonschen Punkte nicht nur ein Programm des Friedens, sondern eine vollständige Friedensgrundlage bieten, so daß nötigenfalls, wenn über die Ausgestaltung der einzelnen Punkte keine Einigung erzielt würde, die Erledigung der Differenzen nach Recht und Billigkeit durch ein völlig unparteiisches Schiedsgericht, z. B. die Schweiz oder Spanien, erfolgen könnte. Dann könnten sofort die Friedensglocken läuten!

Vermischte Nachrichten.

* Die bestohlenen Tauschhändler. Eine bittere Erfahrung machte ein polnischer Handwerksmeister, der nach Breslau gefahren war, um Kohlen zu kaufen und als Tauschgegenstände Butter, Eier und einen Kollschinken mitgenommen hatte. Auf dem Bahnhof in Breslau wurde ihm die Reisetasche nebst dem nahrhaften Inhalt gestohlen.

* Geburtstag eines Hundertjährigen. In Ingolstadt beging der Schäfer Meier seinen 100. Geburtstag in voller Rüstigkeit. Er ist der älteste Apostel bei den berühmten Münchener Fußwäschungen. Von überallher erhielt der Jubilar Glückwünsche. König Ludwig beschenkte ihn mit wertvollen Gaben.

herförmern der skandinavischen Hauptstädte tauchen immer neue Stücke der russischen Kronjuwelen auf. Zu einem Stockholmer Juwelierladen ist jetzt ein Ring ausgestellt, der den russischen Doppeladler in Brillanten und die Zahnen 1813 und 1913 trägt, ein Geschenk des letzten Zars an den Fürst Rasputin aus Anlaß des 300 jährigen Jubiläums des Hauses Romanow. Der amtliche Beweis für die Echtheit des Stüekes soll vorliegen.

* Tod eines alten Patrioten. Nach einer in den „Braunschweigern N. N.“ von der hinterbliebenen Witwe veröffentlichten Todesanzeige ist, „in tiefster Trauer und Verzweiflung über die seinem deutschen Vaterlande angetane Schmach der kgl. Generalleutnant z. D. Gustav Ahlborn, G. R. 1. und 2. Klasse 1870-71 und Kronen-Orden 4. Klasse mit Schwertern 1866, in Goplar am Harz in seiner Wohnung am Fuße des Bismarckdenkmals im 82. Lebensjahre in den Tod gegangen.“

* Das Grippesterben in China. Aus Schanghai wird nach dem Haag gemeldet: Die spanische Grippe hat jetzt auch in China ihren Einzug gehalten. Im Jangtsetal sind ganze Familien ausgestorben, auch in andern Provinzen herrscht ungeheure Sterblichkeit.

* Es wird wohl bald Kaffee geben. Allgemein glaubt man, daß im Auslande gewaltige Mengen von Lebens- und Genussmitteln aufgestapelt sind, so daß nach Friedensschluß kaum noch Mangel herrschen wird und die Preise wieder gewaltig sinken werden. Die Hauptsache ist nur eben, daß man die Vorräte schnell herbeiholt. Ganz besonders muß man in Hinsicht des Kaffees die besten Hoffnungen für begründet halten. Brasilien hatte in den letzten Jahren ganz vorzügliche Kaffeeernten. Dies und die mangelnde Ausfuhr hat so ungeheure Vorräte anstauen lassen, daß man gar nicht weiß, wie man sie los werden soll. Schon deshalb wird also der Kaffee künftig sehr billig werden. Aber man strebt auch danach, den Verbrauch zu vergrößern auf Kosten des Tees und der geistigen Getränke. Es hat sich bereits eine Pflanzervereinigung gebildet, die mit einem Kapital von 4 Millionen Mark in der ganzen Welt eifrige Propaganda für den Kaffee machen will.

* Ein blinder Barbier. Ein englischer Barbier, der im Kriege als Soldat sein Augenlicht verloren hatte, so liest man in der „Times“, hatte sich kürzlich auf Zureden einiger alten Kunden dazu entschlossen, sein ehemaliges Handwerk wieder aufzunehmen und auch selbst auszuüben. Der Direktor des Krankenhauses, in dem der Kriegsinvalid behandelt worden war, erhielt nun ein Schreiben, in dem der Blinde erfreut mitteilt, er könne das Rasiermesser jetzt schon fast so gut handhaben wie früher, und seine zufriedene Rundschau wache von Tag zu Tag. Im Hospital, so schreibt er, habe man ihn Selbstvertrauen gelehrt, und das sei es was die Erblindeten vor allem gebrauchten.

* Der alte und der neue Reichtum. Der neue Reichtum aus Kriegsgewinnsten spekuliert, und der alte Reichtum aus ererbtem Besitz liquidiert. So werden in einem Münchener Blatt die Pfandscheine eines beim dortigen Leihamt für 66 000 Mark verpfändeten Schmuckes „Umständhalber“ für 25 000 Mark bar zum Verkauf angeboten.

Literarisches.

(1) Deutscher Wille (Kunstwart). Erstes Oktoberheft 1918/19. (Kriegsausgabe zum Preise von 4.50 Mark vierteljährlich. Verlag von Georg D. W. Callwey, München.) Mit diesem Heft tritt der Kunstwart in sein 32. Jahr. Es zeigt, daß der Kunstwartkreis nicht nur eine Leses-, sondern Willens- und Tatgemeinschaft ist, die nicht mit dem Errungenen zufrieden beharrt, sondern mitten im lebendigen Werden einer Zeit bedeutungsschwerster Entwicklungen sich bemüht, die Aufgaben und Ziele zu sehen, zu sichten, zugänglich zu machen und zu ihnen aufzurufen, die als die brennenden Fragen unserer Zukunft im Vordergrund des Interesses stehen müssen.